

Bald sind Mietvelos in Basel unterwegs

Im Frühling sollen Interessierte von Museen und Bahnhöfen aus losradeln können



Angebot im Ständer. Bald können Gäste oder Einheimische an verschiedenen Standorten Velos mieten, um mit ihnen die Stadt zu erkunden. Zum Beispiel beim Tinguely-Museum auf der anderen Seite des Rheins.

zung für Velopass jetzt aber auf Eis gelegt. «Das haben wir so entschieden, weil das Projekt Velopass schon in einem fortgeschrittenen Stadium ist. Wir werden das Projekt verfolgen und schauen, welche Erfahrungen damit gemacht werden», sagt Martina Münch, Leiterin Gestaltung Stadtraum im Bau- und Verkehrsdepartement. Dabei sollen Erkenntnisse gewonnen werden über das Nutzungsverhalten der Kunden, die Zielgruppe oder die Akzeptanz in der Bevölkerung. Das Projekt Velopass läuft als Pilotprojekt über zwei Jahre. Und bei einem Erfolg? «Es handelt sich ganz klar um einen beschränkten Versuch mit einer Standortbewilligung von zwei Jahren», sagt Münch.

Verbot der Stadtbildkommission

Zum Handkuss für das Projekt gekommen ist die Firma Velopass, weil sie den Wettbewerb «Ideen für Basel» zum 111-Jahre-Jubiläum der Basler Kantonalbank gewonnen hat. Diese steuert 70000 Franken zum Veloverleihsystem bei. Velopass betreibt zurzeit Velomietstationen in elf verschiedenen Städten in der Westschweiz und dem Tessin. In der Deutschschweiz soll Basel die erste Destination von Velopass werden.

Mit gemischten Gefühlen sieht Pro Velo beider Basel dem Projekt entgegen. «Wir sind froh, dass es im Bereich Mietvelosysteme endlich vorwärtsgesht. Wir haben aber das Gefühl, dass das Projekt in dieser Gröszenordnung zu klein ist», sagt Roland Chrétien von Pro Velo. Der Geschäftsführer schätzt die Erfolgchancen grösser ein, wenn noch an weiteren Orten Stationen eingerichtet würden.

Das Projekt Velopass in Basel habe aber finanziell auch schon auf der Kippe gestanden, sagt Bozovic. So könne beispielsweise mit Werbeflächen an den Stationen kein Geld generiert werden. Dies wegen eines Einspruchs der Stadtbildkommission. Diese hat sich laut Münch zu einer Vorstudie mit Visualisierungen negativ geäussert. Werbung auf den Fahrrädern selbst hingegen sei möglich und zudem gebe es Sponsoren, die sich ohne öffentlichen Auftritt zu dem Projekt bekennen. Offen bleibt die Frage, wie viele Fahrräder es am Bahnhof SBB sein werden. Dort zieht die Postauto AG eine Velomietstation auf. Diese soll aber mit dem Velopass-Fahrrädern kompatibel sein. Es konnte niemand Stellung nehmen.

«Wie in einem Mafia-Film»

Staatsanwältin fordert hohe Freiheitsstrafen für Prügel

Von Jochen Schmid

Basel. Unter dem Verdacht der versuchten vorsätzlichen Tötung stehen derzeit drei junge Männer vor dem Basler Strafgericht. Und geht es nach der Staatsanwaltschaft, so müssen sie für siebendreierteil, viereinhalb und vier Jahre hinter Gitter. Gestern wurde plädiert.

Die drei sollen, wie berichtet, in der Nacht zum 7. November 2010 in einem Waldstück oberhalb von Muttenz einen Kleindealer verprügelt haben, weil er eine Rechnung aus Kommissionsgeschäften mit Kokain nicht beglichen hatte. Zuvor hatten sie ihn im Auto vom Club Borderline in Basel an diesen abgelegenen Ort chauffiert. Staatsanwältin Eva Eichenberger, die sich «wie in einem Mafia-Film» fühlte, ging in ihrem Plädoyer davon aus, dass alle drei die Auseinandersetzung mit dem Mann gesucht und alle drei seinen Tod in Kauf genommen hatten. Sie sprach von «blinder Gewalt» auf der untersten Stufe der Verwerflichkeit. Das Opfer erlitt lebensgefährliche Verletzungen an Schädel und Auge und musste notoperiert werden.

Eine Lektion in Gewalt

Ganz anderer Meinung waren gestern die Anwälte des Trios. Sie widersprachen vehement der Auffassung, da habe ein brutales Gangsterkommando in Arbeitsteilung mit dem Leben eines Menschen gespielt. Der 25-jährige Serbe, der mit dem Kleindealer im Streit um die Begleichung der Drogen-Schulden gelegen und im finsternen Wald die Schläge ausgeteilt hatte, habe es keineswegs auf lebensgefährliche Verletzungen des Opfers abgesehen, geschweige denn auf den Tod des Mannes; er habe ihm lediglich eine Lektion erteilen und auf die Begleichung seiner Schulden dringen wollen. Noch weniger hätten seine beiden 24- und 25-jährigen türkischen Freunde, die auf dem Fahrer- und Beifahrersitz des Autos den Ausflug mitmachten, mit einem tödlichen Ausgang des Streits gerechnet.

Alles halb so wild? Die Verteidigung forderte für den schlagkräftigen Haupttäter eine Freiheitsstrafe von maximal 21 Monaten Dauer bedingt, für den Fahrer des Autos 12 Monate bedingt und für den Beifahrer Freispruch in allen Punkten. Ausserdem monierten sie das schleppende Verfahren: Die drei Angeklagten sitzen seit bald 15 Monaten in U-Haft. Am Freitag: das Urteil.

Von Martin Regenass

Basel. Tamara Bozovic von der Lausanner Velopass GmbH ist erfreut, als sie am Telefon erfährt, dass der Basler Regierungsrat für das Pilotprojekt mit Mietvelos gestern 50000 Franken gesprochen hat. Damit dürfte dem Veloverleihsystem finanziell nichts mehr im Wege stehen. Voraussichtlich im Frühling könnten dann Kunden an fünf verschiedenen Standorten in Basel, Riehen

und Weil am Rhein Fahrräder mieten. Als Standorte angedacht sind die Basler Kantonalbank an der Spiegelgasse, das Tinguely-Museum, die Fondation Beyeler in Riehen, das Vitra Design Museum in Weil am Rhein, der Bahnhof SBB und eventuell der Badische Bahnhof. «Es handelt sich um eine Art kulturelles Netzwerk, das den Besuchern der Museen und anderen Interessierten Mobilität per Fahrrad ermöglichen soll», sagt Bozovic, Projektleiterin bei Velopass.

Acht bis zehn Mietfahrräder sollen es pro Station sein. Die Tageskarte wird sieben Franken kosten und könne bei den Museen, am Bahnhof oder bei der Bank gekauft werden.

Pilotprojekt für zwei Jahre

Mietvelostationen realisieren wollte auch das Bau- und Verkehrsdepartement des Kantons Basel-Stadt. Das verwaltungsinterne Projekt Veloverleih wurde mit der finanziellen Unterstüt-

Brandwache auf dem Marktplatz

Feuerwehr protestiert in der Öffentlichkeit

Von Martin Regenass

Basel. Die Berufsfeuerwehr Basel-Stadt befindet sich im Ausnahmezustand. Nicht wegen eines Einsatzes zur Brandbekämpfung, sondern wegen des Seilziehens um das neue Arbeitszeitreglement. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, richtet die Feuerwehr laut einem Communiqué auf dem Marktplatz eine Brandwache ein. Diese beginnt heute Mittwoch um 7.30 Uhr und endet 24 Stunden später. Die Zeitdauer ist analog einer Schicht der Berufsfeuerwehrlaute gewählt. Eingeladen ist die interessierte Bevölkerung. Diese kann ihre Sympathie kundtun in Form einer Unterschrift in einem Solidaritätsbuch. Zudem werden die Feuerwehrlaute Tee ausschenken und Kuchen aufstücken.

In der Zeit zwischen 10 und 11 Uhr, 14 und 15 Uhr sowie 23 und 24 Uhr kontaktieren anwesende Feuerwehrlaute via Natel ihre Kameraden. Letztere geben zu ihrer aktuellen Arbeit Auskunft. Das soll so weit als möglich live dokumentieren, was die Feuerwehr leistet und welche Arbeiten sie verrichtet. Porträts von Spezialisten sollen zudem aufzeigen, welche Vorkenntnisse und Weiterbildungen es für den Feuerwehrberuf braucht.

Mit der Aktion will die Berufsfeuerwehr auf die Verschlechterungen aufmerksam machen, welche sie mit der

Einführung des neuen Arbeitszeitreglements befürchtet. Ein neues Reglement wird mit Einführung der fünften Ferienwoche im Kanton Basel-Stadt nötig.

Gespräche über neues Reglement

Die Feuerwehrlaute fürchten um ihre Arbeitsbedingungen. Ihre Hauptkritik lautet, dass das neue Reglement in gewissen Teilen an die Kantonsangestellten angepasst werde, welche nicht im Schichtbetrieb arbeiten. Deshalb befürchten die Berufsfeuerwehrlaute Mehrarbeit und nicht gerechtfertigte Abrechnungen ihrer Arbeitszeit sowie daraus folgende Probleme beim Bezug der Ferien und Ruhezeit. Aus diesen Gründen richtet die Berufsfeuerwehr Basel-Stadt verschiedene Forderungen an die Adresse von Sicherheitsdirektor Hanspeter Gass (FDP). Unterstützt wird sie dabei von den Gewerkschaften Syna und VPOD sowie von Politikern.

Bereits Mitte Januar legte die Berufsfeuerwehr Basel-Stadt eine Protestpause ein. Ausserdem gab es in der Zwischenzeit seitens dreier Grossräte Interventionen an die Regierung. Den Zeitpunkt der Brandwache haben die Verantwortlichen so gewählt, weil morgen Donnerstag wieder Gespräche zwischen den verschiedenen Parteien stattfinden. Das neue Arbeitszeitreglement soll auf den 1. März eingeführt werden.

Liberaldemokraten sind gegen die Buchpreisbindung

Parteiversammlung sagt Ja zur Bauspar-Initiative

Von Rolf Zenklusen

Basel. Die Basler Liberaldemokraten empfehlen, das Bundesgesetz über die Buchpreisbindung abzulehnen. Die Nein-Parole hat die LDP-Parteiversammlung am Montagabend mit grossem Mehr gefasst. Es stimme nicht, dass dank dem Gesetz das Sterben der kleinen Buchhandlungen aufgehalten werde, erklärte Philip Karger, LDP-Vorstandsmitglied und früherer Buchhändler. «Keine unabhängige Basler Buchhandlung macht sich für die Buchpreisbindung stark», unterstrich Karger. In Deutschland, wo eine Preisbindung besteht, seien 53 Prozent der Buchhandlungen eingegangen.

Für ein Ja plädierte dagegen David Marc Hoffmann vom Schwabe Verlag. «Das ist eine elegante Form von Kulturförderung», sagte der Gastreferent. Die Tatsache, dass Buchhandlungen zum Beispiel Bestseller als Lockvogelangebote zum Selbstkostenpreis verkaufen und dafür die Preise für andere Bücher erhöhen, sei mit dem neuen Gesetz nicht mehr möglich.

Die Liberalen fassten die Parolen zu vier weiteren eidgenössischen Abstimmungen vom 11. März. Einstimmig sagten sie Nein zur Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle». Barbara Gutzwiller-Holliger, Direktorin des Basler Arbeitgeberverbands, hatte erklärt, die Umsetzung der Initiative würde sechs Milliarden Franken kosten. Treffen würde es vor allem kleine und

kleinste Unternehmen, wo es schwieriger sei, Ferienablosungen zu organisieren. Wegen höherer Kosten beim Staat seien auch höhere Steuern zu befürchten. «Die Initiative gefährdet Arbeitsplätze und Wohlstand», betonte Gutzwiller.

Gute Erfahrungen im Baselbiet

Mit 13 zu 4 Stimmen sprachen sich die LDP-Mitglieder für die Bauspar-Initiative aus. «75 Prozent der Schweizer träumen von Wohneigentum», sagte Christoph Buser von der Wirtschaftskammer Baselland. Beiträge bis zu 15000 Franken an das Bausparen von den Steuern zu befreien, lohne sich für den Staat: Das Baselbiet, das so ein Modell anbietet, habe damit Gewinn gemacht. Die Initiative zwingt die Kantone nicht, das Bausparen einzuführen, sondern schaffe nur die Möglichkeit dafür, sagte Buser.

Zur Initiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen» sagte die LDP klar Nein. Pro Gemeinde höchstens 20 Prozent Zweitwohnungen zuzulassen, sei die falsche Lösung, meinte LDP-Grossrätin Patricia von Falkenstein: «Das würde zu einem faktischen Baustopp in diesen Gemeinden führen.» Störend an der Initiative sei ausserdem, dass Gemeinden und Kantone keine Mitsprache mehr hätten. Einstimmig Ja sagten die Liberaldemokraten zum Gegenentwurf zur Initiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls».

Nachrichten

Initiativen sollen schneller vorankommen

Basel. Volksinitiativen sollen rascher behandelt werden. Mit dem Entscheid über die rechtliche Zulässigkeit soll der Grosse Rat gleichzeitig über das weitere Vorgehen beschliessen, beantragt der Regierungsrat dem Parlament. Er müsste dann zu beiden Fragen berichten. Denn die rechtliche Zulässigkeit sei meist unbestritten und werde kaum je gerichtlich überprüft. Damit könnten etwa vier Wochen eingespart werden, heisst es in einer Mitteilung. Deshalb soll das Gesetz geändert werden. Damit würde auch eine Motion der früheren EVP-Grossrätin Annemarie von Bidder erfüllt.

Kontroverse Parolen zu den Abstimmungen

Basel. Die Jungsozialisten (Juso) und die Jungfreisinnigen (JF) haben gegensätzliche Parolen zu den eidgenössischen Abstimmungen vom 11. März gefasst, wie sie mitteilen. Die Initiative «Schluss mit dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen» wird von den Juso befürwortet, von JF abgelehnt. Auch die Initiative «Sechs Wochen Ferien für alle» erhält ein Ja von den Juso, aber ein Nein von JF. Ja sagen die JF dagegen zur Bauspar-Initiative, die dafür von den Juso abgelehnt wird. Die Juso sagen zudem Ja zum Gesetz über die Buchpreisbindung und zum Bundesbeschluss für die Regelung der Geldspiele. Diese beiden Vorlagen werden von JF abgelehnt.